

## Leserforum

### Assads Schreckensherrschaft ist beendet

Seit 2011 tobte in Syrien ein Bürgerkrieg mit buchstäblich zum Himmel schreienden Folgen. Dieser Krieg forderte über 400 000 Tote, Zehntausende Verletzte sowie mehrere Millionen Vertriebene. Glücklicherweise haben Rebellen nun innerhalb kurzer Zeit die Schreckensherrschaft des Despoten Assad und damit eine unfassbar humanitäre Katastrophe beendet.

Inzwischen ist Assad aus Syrien geflohen, hat sich unter die Schirmherrschaft des russischen Diktators Putin gestellt und ein mithilfe Russlands zu grossen Teilen in Schutt und Asche gebombtes Land

einem noch ungewissen Schicksal überlassen. Nun lebt Assad mit seiner Familie in Moskau ohne irgendwelche Einschränkungen und mit nahezu gleichem Luxus wie als Gewaltherrscher Syriens, währenddessen das Land versuchen muss, mit den neuen Verhältnissen zurechtzukommen und daraus das Bestmögliche zu machen.

Völlig erschütternd ist, was bei der Öffnung der Gefängnisse alles ans Tageslicht kommt, wie etwa befreite Häftlinge, die während der langjährigen Gefangenschaft ihren Namen vergessen haben, oder nach Vergewaltigungen gebo-

rene Kinder, die zum ersten Mal die Welt ausserhalb des Gefängnisses sehen.

Nach all den Grausamkeiten und dem Leid, welche vor allem der Zivilbevölkerung zugefügt wurden, hat diese nicht einmal Gewähr dafür, dass Assad und seine Schergen für all die begangenen Verbrechen jemals zur Rechenschaft gezogen werden, weil Russland als Mittäter dies mit allen Mitteln zu verhindern versuchen wird. Im schlimmsten Fall wird der Begriff Gerechtigkeit in diesem erschütternden Drama zur leeren Floskel verkommen.

**Edwin Wirz, Hinwil**

### Besser renovieren statt neu bauen

«Nach Baubewilligung schwebt ein Rekurs über dem Faltigberg», Ausgabe vom 9. Dezember

Seit von einer neuen Klinik auf dem Faltigberg die Rede ist und ganz besonders seit die Bauvisiere stehen, meldet sich bei mir ein ungutes Gefühl. Solch ein Luxusbau auf 900 Metern

Höhe in einem Schutzgebiet mit über 400 Mitarbeitern, die täglich zur Arbeit fahren, Warenlieferungen und weiteres nicht eingerechnet.

Es sollte doch möglich sein, die alte Anlage auf dem Faltigberg stufenweise und vernünftig zu erneuern, wenn schon unbedingt auf dieser Höhe

gebaut werden muss. Wir haben in Wetzikon einen Neubau, der sich geradezu anbietet als Übergangslösung.

Bei solcher Planung können wir uns in aller Ruhe auf die nächste Steuerrechnung und die nächste Erhöhung der Krankenkassenprämien freuen.

**Hans Jäger, Hinwil**

### Leerwohnungsziffer und Angebotsmieten geben ein verzerrtes Bild

«Mehr Wohnraum durch Aufstockung? Das hätte fast nur Vorteile!», Ausgabe vom 13. Dezember

Das Zürcher Wohnungsangebot ging zurück, und die Mieten sind gestiegen. Das sind unbestrittene Fakten. Wie knapp das Wohnungsangebot effektiv ist und welche Mietzinse bei einem Wohnungswechsel tatsächlich bezahlt werden, ist dagegen weniger klar.

Die Leerwohnungsziffer zeigt ein verzerrtes Bild der tatsächlichen Situation. Die Leerwohnungsziffer erfasst nur die

leeren Wohnungen am 1. Juni. Alle Wohnungen, die ohne Leerstand wieder vermietet werden, nicht berücksichtigt. Da die meisten Wohnungen nahtlos wieder vermietet werden, gab es letztes Jahr in der Stadt Zürich 25-mal mehr Wohnungswechsel, als es die Leerwohnungsziffer vermuten lässt.

Ein ähnlich verzerrtes Bild geben die Angebotsmieten, welche nur die im Internet publizierten Wohnungen abbilden. Aktuell werden nur die wenigsten Wohnungen auf Immobilienportalen ausge-

schrieben, die meisten werden dank Wartelisten oder persönlichen Informationen ohne Ausschreibung wieder vermietet. Im Internet erscheinen nur die zu teuren Wohnungen, welche niemand haben will.

Die Leerwohnungsziffer und die Angebotsmieten geben kein objektives Bild vom Wohnungsmarkt. Die realen Wohnungswechsel und die effektiv bezahlten Mietzinse sind bessere Beurteilungskriterien.

**Ralph Bauert, Geschäftsführer Hauseigentümergebiet Region Winterthur**

### Erbärmlicher Journalismus

«Scheinwerfer», Ausgabe vom 5. Dezember

Wie oberflächlich – verglichen zur guten alten Zeit – heutzutage in auffallend vielen Medien die Verbreitung von Nachrichten, Reportagen und Kommentaren daher kommt, zeugt der im ZO/AvU publizierte «Scheinwerfer» der

Deutschen Presse-Agentur. Es geht hier um den international gefeierten, beliebten und immer noch aktiven 74-jährigen Schweizer Schauspieler Christian Kohlund. Im besagten Artikel ist die Rede von der schauspielerischen Familientradition Kohlund. Bedauerlicherweise werden indessen mit keinem Wort auch die Namen der

Eltern von Christian, nämlich Erwin Kohlund und Margrit Winter, erwähnt. Beide – am Zürichsee wohnhaft gewesen und inzwischen verstorben – haben in der Hochblüte des Schweizer Films, als noch Weltliteratur gefragt war, unvergesslich tragende Rollen verkörpert. **Tempi passati!**

**Heinz Sommer, Uster**

### Notbudget – aber ein positives Gefühl für die Zukunft

«Schule Hinwil muss mit einem Notbudget arbeiten», Ausgabe vom 13. Dezember

Im Bericht über die Hinwiler Schulgemeindeversammlung hat der Journalist die Pflicht erfüllt, leider aber die Kür verpasst. So wurde über die Sicht der Schulgemeinde, der RPK und der Parteipräsidenten ausführlich berichtet, nicht aber über die Beiträge aus dem Volk. Dabei wurden elaborierte Voten von bemerkenswerter Weitsicht, Qualität und Detailkennt-

nis vorgetragen, vorwiegend von jungen und jüngeren Stimmberechtigten. Die Inhalte und Lösungsvorschläge haben diejenigen der erwähnten Parteipräsidenten übertroffen! Es wäre eben die Kür des Journalisten gewesen, diesen jungen Leuten Respekt für die grosse Arbeit zu zollen, indem er deren Beiträge wenigstens summarisch erwähnt hätte. Ein stärkerer Fokus bei der Berichterstattung auch auf solche Aspekte könnte vielleicht eine Dynamik auslösen, die das En-

gagement junger Leute für die Gemeinde verstärkt. So möchte ich dies mit diesem Leserbrief nachholen. Ich bin sehr glücklich von dieser Gemeindeversammlung nach Hause zurückgekehrt – nicht nur wegen der Ablehnung des Budgets – sondern vorallem, weil die Beiträge der jungen Frauen und Männer gezeigt haben, dass die nächste Generation sich weiter für unsere weltweit einzigartige Demokratie engagiert! Vielen herzlichen Dank!

**René Baumann, Hinwil**

### Einige wenige werden profitieren, und die Allgemeinheit bezahlt den Rest

«Was Starlab Space der Schweiz bringt», Ausgabe vom 10. Dezember

Im Artikel über das Raumfahrtunternehmen Starlab Space, welches im Innovationspark neben dem Flugplatz Dübendorf angesiedelt werden soll, werden die Vorteile für die Schweiz etwas gar optimistisch dargestellt. Die Zürcher Regierungsrätinnen Carmen Walker Späh (FDP) und Silvia Steiner (Die Mitte) meinen sogar, dass die ganze Schweiz davon profitieren könne.

Im Kommentar zum Artikel auf der gleichen Zeitungsseite werden ganz am Schluss doch noch als negativer Aspekt die Raketenstarts mit ihren Auswirkungen aufs Klima aufgeführt. Ich möchte Ihnen, liebe Leser, doch noch einige weitere Punkte aufzeigen, welche uns Bürgern zu denken geben sollten.

Auf dem ganzen Innovationspark, auf dem immerhin 3500 Arbeitsplätze geplant sind, hat man die Anzahl notwendiger Wohnungen für ihre Familien leider schlichtweg vergessen. Diese 3500 Arbeitsplätze können wegen des voraussichtlichen Fachkräftemangels nur mit im Ausland rekrutiertem Personal besetzt werden. Dies wird die Wohnungsmieten in der Agglomeration Zürich zusätzlich weiter nach oben treiben. Der Allgemeinheit werden die Kosten für die Infrastruktur wie Schulen, Wasserversorgung, ÖV oder Strommehrbedarf auferlegt.

Weiter ist auch anzunehmen, dass das geplante Logistikzentrum dieser Firma Starlab Space neuen Flugverkehr nach Dübendorf bringen wird. Auch wird ein Teil des Starlab-Space-Personals am Montagmorgen mit dem Privatjet auf der Flugpiste Dübendorf landen und

am Freitagabend wieder nach Hause fliegen wollen. Der Flugverkehr um Dübendorf wird in hohem Mass wieder aufgenommen, obwohl sich doch die betroffene Bevölkerung in den Nachbargemeinden mehrmals gegen diese Lärmbelastung ausgesprochen hat.

Dass sich diese Firmen an den Infrastrukturkosten beteiligen werden, ist Wunschenken. Solche internationalen Firmen werden zudem genügend willige Schweizer Anwälte und Politiker finden, welche die Steuerabgaben für diese Unternehmen auf ein Minimum reduzieren. Einige wenige werden profitieren, und die Allgemeinheit bezahlt den Rest.

Weshalb wohl spricht sich die Partei, welche sich sonst so populistisch gegen eine 10-Millionen-Schweiz wehrt, nicht vehement gegen dieses Projekt aus?

**Jürg Suter, Greifensee**

### Kirchen sind nicht links, sondern der Gemeinschaft verpflichtet

«Die Meinungen über den Wert der Kirchen liegen weit auseinander», Ausgabe vom 3. Dezember, und zum Leserbrief «Kirchen und Politik», Ausgabe vom 13. Dezember

Hans Egli mit seiner Aussage im Kantonsrat und Heinz Sommer in seinem Leserbrief werfen den Kirchen vor, politisch zu sein und links zu stehen. Das ist aus zwei Gründen interessant.

Erstens, weil das Wort politisch von griechisch «polis» abgeleitet ist. Polis bezeichnet die Gemeinschaft der Bewohner eines Dorfs oder einer Kleinstadt. Alles, was ein Mensch oder eine Menschengruppe tut, spielt sich innerhalb der Gemeinschaft ab und

wirkt sich auf die Gemeinschaft aus. Dadurch ist jede menschliche Handlung automatisch politisch. Der Kirche vorzuwerfen, dass sie politisch handle, heisst also nur, ihr vorzuwerfen, dass sie auf die Gemeinschaft bezogen handelt. Ein solcher Vorwurf ist ebenso unpassend, wie wenn man einem Menschen vorwerfen würde, dass er von seiner Geburt bis zu seinem Tod am Leben ist.

Zweitens handelt die Kirche nicht links oder rechts, sondern in der Tradition von Jesus Christus. Er hat mit seiner Lebensweise gezeigt, wie Gott sich das Zusammenleben in der menschlichen Gemeinschaft vorstellt. Kurz zusammengefasst ist es die Hinwen-

dung zum Schwächeren und Hilfsbedürftigen. Wenn einige die Kirchen als links stehend empfinden, ist das nicht den Kirchen anzulasten. Es ist vielmehr eine Folge davon, dass sich die rechts stehenden politischen Parteien zwar in ihren Slogans als der Gemeinschaft verpflichtet darstellen, mit ihren Handlungen jedoch nicht das Gemeinschaftsleben, sondern vorwiegend ihre ich-bezogene Klientel begünstigen.

Ich persönlich bin froh, dass mit den Kirchen gemeinschaftsbildende Organisationen bestehen, die sich gegen die spaltenden Tendenzen in unserer Gemeinschaft zur Wehr setzen.

**Edmund Ziegler, Tann**

### Die Schule Hinwil im Dilemma – und alle tragen Verantwortung

«Schule Hinwil muss mit einem Notbudget arbeiten», Ausgabe vom 13. Dezember

Um den geregelten Schulbetrieb wie bisher aufrecht zu erhalten und Vorgaben einhalten zu können, beantragte die Schulbehörde in Hinwil im Vorfeld der Gemeindeversammlung eine Steuersatzerhöhung um 10 Prozentpunkte. Ungläubiges Kopfschütteln allenthalben und die nahezu einhellige Meinung, die werfen das Geld buchstäblich zum Fenster raus.

Der ungehemmten Ausgabenpolitik sollte ein Riegel geschoben werden. Kein Wunder, wurde an der letzten Gemeindeversammlung vom 11. Dezember das Budget abgelehnt und somit die Steuerfuss-erhöhung hinaufgeschoben. Ganz im Gegensatz zur Rechnung der Politischen Gemeinde. Dieses wurde kritiklos angenommen, obwohl gerade hier viele Einsparungen denkbar wären.

Aber ehrlich, nicht die Ausgaben sind das Problem, das wirkliche Problem liegt bei den sinkenden Steuereinnahmen

der Gemeinde, von welchen der Schulgemeinde ein Anteil von zwei Dritteln zusteht. Für eine vernünftige Steuerpolitik ist die Politische Gemeinde und nicht die Schulbehörde zuständig. Hier liegt nach meiner Meinung das Übel. Warum greift man von dieser Seite aus der Schule nicht unter die Arme?

Bei der angekündigten Einheitsgemeinde wird oder würde das ohnehin der Fall sein. Warum also nicht schon jetzt? Man begründet den Rückgang der Steuereinnahmen einerseits mit der kürzlich erfolgten Steuerreform, welche juristische Personen entlastet, andererseits mit weniger Einnahmen aus dem Lastenausgleich, der Grundstückgewinnsteuer und der Gewinnbeteiligung an der Kantonalbank. Mag sein, aber nimmt man das einfach so als gottgegeben hin? Gibt es Bestrebungen, die Einnahmensituation zu verbessern?

Aber nicht nur die Behörde trifft eine Schuld, auch wir Stimmbürger, die wir den überbordenden Ausgaben jeweils zugestimmt haben, tragen eine

gewisse Verantwortung. Und dieser Verantwortung sollten, ja müssen wir uns stellen. Den Ausgaben zustimmen und sich beim Bezahlen drücken: Geht ja gar nicht! Die Kinder auslöffeln lassen, was die Erwachsenen eingebrockt haben: Geht ja schon überhaupt nicht! Die «Kröte» schlucken, wie dies ein Hinwiler an der Gemeindeversammlung treffend formulierte, und daraus lernen, das muss die Lehre für uns Stimmbürger daraus sein.

Hoffen wir, dass die Behörden nicht einfach verwalten, was sie übernommen haben, sondern sich innovativ mit der Zukunft unserer Gemeinde befassen, damit wir im Steuerwettbewerb eine attraktive Gemeinde für Arbeitgeber und Einwohner bleiben, und die düsteren Aussichten, welche uns präsentiert wurden, nicht eintreffen werden.

**Walter Gschwendtner, Hinwil**

[Mehr Leserbriefe ...](#)

Weitere Leserbriefe gibt es in dieser Ausgabe auf Seite 16. (zo)